

Bayerisches Staatsministerium der Finanzen,  
für Landesentwicklung und Heimat



STAATSMINISTER

Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat  
Postfach 22 00 03 - 80535 München

Präsidentin des  
Bayerischen Landtags  
Frau Barbara Stamm, MdL  
Maximilianeum  
81627 München

Name  
Schober

Telefon  
089 2306-3015

Telefax  
089 2306-2807

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom  
03.02.2014

Bitte bei Antwort angeben  
Unser Zeichen, Unsere Nachricht vom  
77/LB-C 0001-004-70082/14

Datum  
28.02.2014

**Schriftliche Anfrage der Frau Abgeordneten Katharina Schulze  
vom 03.02.2014  
betreffend BSI Bekanntgabe von Passwort-Diebstahl - IT-Sicherheit  
Bayerischer Behörden**

**Anlagen:** Abdruck dieses Schreibens (4fach)

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

die Schriftliche Anfrage der Frau Abgeordneten Katharina Schulze vom  
03.02.2014 betreffend „BSI Bekanntgabe von Passwort-Diebstahl - IT-  
Sicherheit Bayerischer Behörden“ wird wie folgt beantwortet:

Allgemeine Informationen:

Die Gesamtliste der 16 Mio. E-Mail-Identitäten stammt aus einer laufenden  
Ermittlung der Staatsanwaltschaft Verden (Niedersachsen). Die entwende-  
ten E-Mail-Identitäten wurden über Jahre hinweg von kriminellen Hackern  
gesammelt. Es kann davon ausgegangen werden, dass der Datendiebstahl  
über Internetseiten oder private Rechner erfolgte, die mit Schadsoftware  
befallen waren. Niedersachsen hat zu Ursprung und Art der entwendeten  
Identitätsdaten keine weiteren Angaben gemacht.

Die von diesem Vorfall ausgehende Bedrohung für die staatlichen IT-Systeme wird als sehr gering eingeschätzt. Der sog. Perimeterschutz des Bayerischen Behördennetzes schützt die dienstlichen PCs zuverlässig vor einem unberechtigten Zugriff aus dem Internet.

Im Einzelnen können die Fragen wie folgt beantwortet werden:

Frage 1:

In wieweit sind nach den Erkenntnissen der Staatsregierung bayerische Behörden oder der Bayerische Landtag von dem Datenklau betroffen?

Antwort:

Vom Datendiebstahl sind nach einer seit dem 05. Februar 2014 vorliegenden Liste 198 E-Mailadressen der Bayerischen Staatsverwaltung mit der Endung „bayern.de“ betroffen. Zur Betroffenheit der E-Mailadressen der Domäne des Bayerischen Landtags, „landtag.de“, hat weder das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) noch das Niedersächsische Innenministerium entsprechende Daten übermittelt.

Frage 2:

Wenn bayerische Behörden oder der Bayerische Landtag betroffen sind, wann wurde die Staatsregierung vom BSI über diesen Zusammenhang informiert?

Antwort:

Am 21.01.2014 hat das BSI erstmals die Öffentlichkeit allgemein mit einer Pressemitteilung informiert. Das BSI hat das Bayern-CERT (IT-Sicherheitsteam der Staatsverwaltung) am 22. Januar 2014 zum ersten Mal davon in Kenntnis gesetzt, dass E-Mailadressen der staatlichen Domäne „bayern.de“ vom Datendiebstahl betroffen sind.

Frage 3:

Hat sich die Staatsregierung seit Bekanntwerden des Hacker-Angriffs aktiv beim BSI über einen etwaigen Bezug der gehackten Daten zu bayerischen Behörden informiert und wenn ja, wann und mit welchem Ergebnis?

Antwort:

Die Staatsregierung hat sich mehrfach beim BSI aktiv um die betroffenen E-Mail-Identitäten bemüht. Das BSI hat mit Verweis auf den Datenschutz nur die Anzahl der betroffenen Identitäten herausgegeben, nicht jedoch die konkreten E-Mailadressen. Ein Schreiben mit dem das BSI abschließend mitteilt, dass es die konkreten Adressen nicht zur Verfügung stellen könne, ging am 30. Januar 2014 per E-Mail ein.

Die Staatsregierung hat daraufhin am 31. Januar 2014 im Wege eines Amtshilfeersuchens in Niedersachsen um eine Liste der betroffenen E-Mail-Identitäten der Domäne „bayern.de“ gebeten. Niedersachsen hat die entsprechenden E-Mail-Adressen am 05. Februar 2014 übermittelt. Die Daten wurden den betroffenen Behörden zur Verfügung gestellt.

Frage 4:

Sollten auch bayerische Behörden von dem Hacker-Angriff betroffen sein, welche Maßnahmen hat die Staatsregierung daraufhin unternommen, um die entsprechenden Stellen zu informieren und zu schützen?

Antwort:

Das Landtagsamt, die Staatskanzlei, die Ministerien, der Rechnungshof sowie der Landesbeauftragte für den Datenschutz wurden mit Schreiben vom 06. Februar 2014 darüber in Kenntnis gesetzt, dass die für Ihren Bereich betroffenen E-Mailadressen vorliegen und abgerufen werden können. Den Behörden wurde empfohlen, die Passwörter der betroffenen Nutzer umgehend zu ändern sowie deren PCs auf Schadsoftware zu überprüfen.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Dr. Markus Söder, MdL